

Seit Mölln, 23. November 1992

Ein drei Jahrzehnte langer Weg, auf dem nicht alle Wunden heilen

Onur Suzan Nobrega im Gespräch mit Ibrahim Arslan

Über Zeit, Erinnerung, Trauma, politischen Widerstand, Liebe, Geduld und Solidarität – ein Gespräch zwischen Onur Suzan Nobrega und Ibrahim Arslan, der den rassistischen Brandanschlag in Mölln am 23. November 1992 als siebenjähriges Kind überlebte.

Ibrahim Arslan engagiert sich seit vielen Jahren in der Antirassismus-Arbeit, indem er bundesweit auf Veranstaltungen, Konferenzen, vor allem aber in Schulen als politischer Bildungsreferent aus der Perspektive der Betroffenen berichtet. Durch die »Möllner Rede im Exil«, die er seit 2013 gemeinsam mit seiner Familie und dem Freundeskreis im Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992 veranstaltet, etablierte er eine neue Kultur des Gedenkens in Deutschland, die die Angehörigen rassistischer Morde und Anschläge aktiv miteinbezieht und gegen das Vergessen kämpft.

Schicksalsjahre

ONUR SUZAN NOBREGA: Lieber Ibo, wir haben uns am 23. November 2018 während des Tribunals NSU-Komplex Auflösen in Mannheim kennengelernt, uns dann am 17. November 2019 bei der Möllner Rede im Exil in Frankfurt wiedergesehen. Du bist in Deiner Familie der einzige Überlebende des rassistischen Brandanschlags in Mölln. Deine Oma Bahide Arslan, deine Schwester Yeliz Arslan und deine Cousine Ayşe Yılmaz haben am 23. November 1992 zu Hause in Mölln ihr Leben verloren. Im Jahr 2022 wird das 30 Jahre her sein und dennoch sind die Gefühle von Angst, Verzweiflung und Trauer in unserem emotionalen und kollektiven Gedächtnis verankert. Nach dem Anschlag

in Hanau am 19. Februar 2020 waren all diese Gefühle wieder da. Es ist unendlich schmerzhaft, zu erleben, was Rassismus macht. Ich habe im Jahr 1992 gelernt, dass Rassismus keine Meinung ist, sondern Menschen die Möglichkeit auf ein sicheres, gutes Leben oder ihr Leben kostet. Knapp ein Jahr nach dem Anschlag in Hanau haben wir uns dort am 14. Februar 2021 in der Initiative 19. Februar getroffen und uns für dieses Gespräch verabredet. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir uns kennengelernt haben nach all diesen Jahren, und 2021 gemeinsam darüber sprechen können, was so ein langer Weg von Mölln nach Hanau, den Du und auch ich über drei Jahrzehnte gingen, uns gelehrt hat und wo wir heute und morgen miteinander stehen.

IBRAHIM ARSLAN: Ja, Onur, das ist wirklich schade, dass wir uns nicht auf eine natürliche Art und Weise kennengelernt haben, zusammen Kaffee getrunken haben oder im Park zusammen geschnackt haben, sondern dass tragische Schicksale uns zusammengebracht haben. Das finde ich so schade, wenn man realisiert: Stimmt, wir haben uns nur durch so ein Schicksal getroffen.

Die Zeit heilt nicht alle Wunden

ONUR SUZAN NOBREGA: In den Gesprächen mit Überlebenden und Angehörigen rassistischer Morde und Gewalttaten höre ich immer wieder heraus, dass Zeit eine große Rolle spielt. In Hanau sagten die Angehörigen der Ermordeten in vielen Gesprächen, auch öffentlich zu Medienvertreter*innen, dass sie keine Zeit haben, zu ruhen, zu heilen, weil sie die ganze Zeit kämpfen müssen: politisch, bürokratisch, finanziell, juristisch, um Öffentlichkeit, um das Gedenken, für lückenlose Aufklärung, gegen die Angst, für ihre Sicherheit, um Aufarbeitung, Konsequenzen, mit sich selbst, mit anderen solidarischen Menschen, gegen weitere Angriffe auf ihr Schicksal und auch aufgrund der Bürde des Überlebens. Was bedeutet Zeit für Dich angesichts dessen, was Du persönlich als Überlebender des Anschlags und Deine Familienangehörigen erlebt hast? Wie nimmst Du Zeit und Erinnerung persönlich wahr?

IBRAHIM ARSLAN: Das erste, was ich gelernt habe ist, dass das berühmte Sprichwort »Zeit heilt alle Wunden« leider nicht auf Menschen mit Traumata zutrifft. Nicht alle Wunden heilen, Traumata bleiben höchstwahrscheinlich für immer. Zumindest erlebe ich das seit fast 30 Jahren, dass das Trauma ein Bestandteil meines Lebens geworden ist. Und wichtig ist, dass man den

Prozess nicht als einen Heilungsprozess sieht, sondern wichtig ist, zu lernen, damit umzugehen. Lernen, mit den Geschehnissen umzugehen. Lernen, mit der Zeit umzugehen. Denn umso mehr Zeit vergeht, umso mehr vermisst man auch die Leute, die man durch solche Anschläge verloren hat. Je älter man wird, umso größer ist der Verlust, umso größer ist die Sehnsucht. Aber umso mehr die Zeit vergeht, umso mehr kämpft man dafür, dass die Geschehnisse nicht in Vergessenheit geraten und dass die Ermordeten immer in unserem kollektiven Bewusstsein bleiben. Deswegen spielt Zeit in meinem Leben eine extrem wichtige Rolle. Und natürlich ist es auch so, dass je mehr Zeit vergeht und je älter man wird, die Angst natürlich sehr groß ist, dass man, bis man stirbt, mit dem Gedanken lebt, dass man zu wenig getan hat gegen Rassismus und Faschismus. Das ist meine Lebenseinstellung und mein Ziel, so viel wie möglich gegen diese Taten vorzugehen, damit so etwas nicht noch einmal passiert. Angst ist immer ein Begleiter. Ich würde sagen: 30 Prozent der Zeit sind positiv, weil je mehr Zeit vergeht, umso mehr Gedankenprozesse finden bei Menschen statt. Und man merkt, dass auch positive Entwicklungen dadurch geschehen. Bei mir ist es zum Beispiel so, dass ich meine Heilung in meinen Interventionen erkenne und aus diesem Grund müssen wir uns mit der Frage beschäftigen: Was tut diesen Menschen, die Überlebende und Angehörige sind, eigentlich gut? Und das können wir nur herausfinden, wenn sie an Interventionen beteiligt sind. Wir müssen sie im politischen und künstlerischen Bereich beteiligen und immer wieder beobachten, welche Form der Heilung sich ausdrücken lässt. Natürlich ist es auch wichtig zu sagen: Ich brauche professionelle Hilfe von einer Psychiaterin oder einem Psychiater, aber die Möglichkeiten der Gestaltung von und Beteiligung an Interventionen schließt das nicht aus. Wenn ich heute bedenke, wo wir mit unseren Interventionen in den 1990ern waren und wo wir es heute sind, nach Hanau, dann würde ich sagen, dass die Zeit ganz, ganz viel dazu beigetragen hat, dass einige Prozesse wirksam geworden sind.

ONUR SUZAN NOBREGA: Was hast Du aus deiner Kindheit mitgenommen und in dem Prozess der vergangenen drei Jahrzehnte gelernt und wer bist Du mit Deinen Erfahrungen und Erinnerungen bis zum heutigen Tag geworden?

IBRAHIM ARSLAN: Ich war sieben Jahre alt, als der Anschlag passierte. Ich habe mir ganz lange darüber Gedanken gemacht und immer wieder gefragt: Wie konnte so etwas passieren und wie konnte so etwas in dieser Umgebung

passieren? In Mölln, da wo wir leben. Da spielen wieder Zeit und Raum eine große Rolle. Zeitlich ist es logisch, dass uns das passiert ist. Damals wurde ganz viel Hetze und Propaganda betrieben, die viele Jugendliche motiviert hat, solche Anschläge zu verüben. Das war so die Phase, in der mir klar wurde: Das ist kein Zufall. Und das war für mich das Wichtigste: War es Zufall oder war es bewusst? Und: Hätte man es verhindern können? Damit habe ich viele Jahre gekämpft. Für mich war diese Frage sehr wichtig, um mit Deutschland nicht abzuschließen. Daran hat sich gezeigt, ob ich weiter hier leben kann, ob es für mich die Möglichkeit gibt, weiterhin in einem Land zu leben, in dem ich so etwas erlebt habe. Es waren die solidarischen Menschen, die dazu beigetragen haben, dass ich hier bleiben wollte, die stundenlang vor dem Haus standen, uns Schutz geboten haben, uns immer wieder gesagt haben: »Wir gehören nicht zu dieser Minderheit, wir gehören zu denen, die sich mit Euch solidarisieren wollen.« Das war die Anfangszeit meiner Politisierung in den 1990ern. Und der zweite Anschlag auf meine Politisierung bzw. auf mein politisches Bewusstsein waren die Anschläge vom NSU. Nach der sogenannten Selbstenttarnung des NSU habe ich meine Politisierung infrage gestellt und mich gefragt: »Wo war ich, als die Medien und die ganze Justiz strukturellen Rassismus eingesetzt haben? Was habe ich getan als in den Medien ›Dönermorde‹ stand?« Bis 2011 der NSU öffentlich geworden war, wurden die Familien jahrelang verurteilt, ganz lange wurden Familienangehörige beschuldigt und die Täter wurden in der migrantischen Szene gesucht. Unter uns. Das sind alles Schlüsselereignisse, Momente und auch Erlebnisse in meinem Leben, die mich immer wieder zu dem Punkt gebracht haben: Ich muss weitermachen. Es reicht immer noch nicht aus.

ONUR SUZAN NOBREGA: Welche Konsequenzen hat für Dich die Erkenntnis, dass durch die Kämpfe der NSU-Opferangehörigen, des Tribunals NSU-Komplex Auflösen, weiterer Initiativen und Projekte antirassistischer Aktivist*innen zumindest in punkto antirassistischer und antifaschistischer Politisierung positive Entwicklungen stattfinden?

IBRAHIM ARSLAN: Nachdem mir das mit dem NSU klar wurde, kam für mich eine Zeit, in der ich meine Politisierung noch mal hinterfragt habe und sofort wusste: Ich muss mich mit den Überlebenden und Angehörigen solidarisieren, so schnell wie möglich. Das erste, was ich getan habe, war, dass ich einen Brief geschrieben habe an alle Familienangehörigen der NSU-Ermordeten. Ich habe einfach gesagt, dass sie nicht alleine sind mit dieser Kriminalisie-

rung, Stigmatisierung und Instrumentalisierung und dass es Familien gibt, die dagegen ankämpfen, so wie wir. Und dass wir sie gerne bei ihren Interventionen unterstützen wollen. Der Brief ist aber nie bei den Familien angekommen, weil die Anwälte den bekommen haben. Durch mein politisches Engagement in den verschiedenen Städten habe ich die Betroffenen dann einzeln getroffen und jeden interviewt. Da habe ich bemerkt, dass, wenn die Betroffenen das Zepter nicht selbst in die Hand nehmen, kein einziger Mensch das machen wird. Und alleine das hat mir gezeigt, was in dieser Gesellschaft fehlt und was notwendig ist. Ich habe immer wieder festgestellt, auch im Zusammenhang mit Hanau, dass der dortige Laden der Initiative 19. Februar als Ort für die Betroffenen und solidarischen Menschen nur entstanden ist, weil die Betroffenen dafür gekämpft haben und das eingefordert haben. Auch die Tatsache, dass die Namen der Ermordeten in Hanau heute im Vordergrund stehen, hängt damit zusammen, dass Menschen gefordert haben, dass die Namen und Geschichten der Opfer und Überlebenden im Vordergrund stehen müssen. Wir sind alle Teil unseres gemeinsamen Kampfes, den wir schon seit Jahren und Jahrzehnten führen. Wichtig ist nur, dass wir schauen, dass wir uns in diesem ganzen Geschehnis nicht instrumentalisieren lassen. Das führt mich dazu, bundesweit zu reisen und Betroffene dahingehend zu sensibilisieren, wie mit ihnen umgegangen wird und wie mit ihnen umgegangen werden muss.

Die Kriminalisierung der Opfer

ONUR SUZAN NOBREGA: Die Kriminalisierung der Opfer, das war ja bei Euch auch der Fall, beispielsweise in Bezug auf die Medienberichterstattung damals. Ich erinnere mich an einen Artikel aus den 1990er-Jahren, der in der ZEIT noch bis vor Kurzem im Online-Archiv frei lesbar war, in dem Dein Vater, Onkel Faruk, kriminalisiert wurde von den Journalist*innen. Nachdem ich ihn kennengelernt habe und viele Gespräche mit ihm geführt habe, wurde mir klar, dass diese argwöhnische Darstellung der Öffentlichkeit ihm gegenüber ihn für viele Jahre sehr belastet hat. Auch die Familienangehörigen und Überlebenden der NSU-Opfer wurden kriminalisiert. Was hat das mit Dir gemacht?

IBRAHIM ARSLAN: Das ist bis heute der Fall. Das ist keine These von mir, sondern eine Feststellung: Wenn die Täter sich nicht mit diesem Bekennerschrei-

ben in Mölln ergeben hätten, dann wäre sicherlich meine Familie viele lange Jahre beschuldigt worden. Und trotz des Glücks im Unglück: Nachdem sich die Täter ergeben haben, gab es diesen Artikel in der ZEIT, von dem du gerade erzählt hast. Die Opfer rechter, rassistischer Gewalt zu kriminalisieren bedeutet, dass die Handlungen der Täter*innen legitim erscheinen. Ich finde das sehr tragisch und sehe das auch als einen weiteren rassistischen Anschlag auf Menschen mit Migrationshintergrund. Das ist nicht nur eine Stigmatisierung, sondern auch eine Instrumentalisierung der Menschen, die diese Anschläge überlebt haben oder auch Angehörige verloren haben. Nach den NSU-Morden hat mich das extrem wachgerüttelt, weil ich wirklich dachte, dass es nach dem Anschlag gegen uns ein Zufall war, dass mein Vater kriminalisiert wurde. Aber als es beim NSU wieder passiert ist, wurde mir klar, dass ein bundesweiter struktureller Rassismus dahinter steckt.

ONUR SUZAN NOBREGA: Obwohl ja in den letzten 10 Jahren auch endlich einer breiteren Öffentlichkeit gegenüber deutlich gemacht wurde, dass die polizeilichen Ermittlungen und die Kriminalisierung durch die Medien zu weiteren Schäden führen, was das Erinnern an die Opfer und die soziale und psychische Situation der Überlebenden und Angehörigen angeht, wurden auch nach dem Anschlag in Hanau, wo der Täter gleich bekannt war und es direkt am Tag nach dem Anschlag eine bundesweite solidarische Bewegung gab, Shishabars und Kioske als Orte »krimineller Migrant*innen« bezeichnet. Darüber hinaus erhielten im Winter 2020 die Überlebenden und Angehörigen aus Hanau eine Gefährderansprache von der Polizei Hanau, nach dem sie aus den Medien erfahren hatten, dass Gerhard R., der Vater von Tobias R., im Winter 2020 wieder in seinem Haus in Kesselstadt lebt, in unmittelbarer Umgebung der Angehörigen, und die Tatwaffe seines Sohnes zurückverlangt und fordert, dass dessen Webseite samt Vernichtungsmanifest wieder freigeschaltet wird. Das hat eine große Sorge um die Sicherheit der Hanauer*innen ausgelöst, aber bisher zu keinen nennenswerten Konsequenzen geführt.

IBRAHIM ARSLAN: In Hanau sind neun Menschen ermordet worden, in ein und derselben Stadt. Nicht wie beim NSU-Komplex in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Daher gab es in Hanau auch eine extrem schnelle und effektive Vernetzung der Betroffenen. Im Fall der NSU-Opferangehörigen musste man bundesweit die Leute zusammensammeln und das ist ein immenser Akt, der letztendlich nicht funktioniert hat, sodass ganz viele Kämpfe nicht so geführt werden konnten, wie es nun die Hanauer Angehörigen tun. Es wurde

ja zum Glück innerhalb weniger Tage nach dem Anschlag in Hanau die Initiative gegründet und die Menschen sind zusammengekommen. Es gab eine bundesweite solidarische Bewegung. Wenn es das nicht gegeben hätte, wäre es definitiv zu weiteren Kriminalisierungsversuchen gekommen. Es wurde ja im ersten Moment schon von »Shishamorden« gesprochen und geschrieben, darin zeigen sich Parallelen zu den NSU-»Dönermorden«. Wenn die Gesichter der Ermordeten und auch die Geschichten der Ermordeten, Überlebenden und der Angehörigen der Ermordeten nicht intensiv in den Vordergrund getreten wären, hätte die Gesamtgesellschaft gesagt: »Na ja, das sind kriminelle Banden, Gangs, die Shishabars führen, Kioske besitzen und die sich gegenseitig umbringen«. Und wenn man die Berichte und Statements der Betroffenen aus Hanau anschaut, wird man feststellen, dass es ganz klar auch offene Fragen und Verantwortlichkeiten gibt, die das hessische Innenministerium und die Polizei angehen. Warum funktionierte der Notruf der Polizei in dieser Nacht nicht? Warum ist die Polizei so spät zu den Tatorten gekommen?

Polizeikritik und die Forderung nach der Abschaffung des Verfassungsschutzes

ONUR SUZAN NOBREGA: Es gibt immer wieder massive Kritik an der Polizei, die von Menschen, die von Rassismus betroffen sind, geäußert wird. Menschen, die keinen Schutz und keine Sicherheit vonseiten der Polizei erfahren, sondern im Gegenteil Kriminalisierung, Stigmatisierung und Gewalt wie im Racial Profiling, Tötungen wie im Fall von Oury Jalloh, N'deye Mareame Sarr, Christy Schwundek Ousman Sey oder Emrah Kara oder Bedrohungen, wie Idil Baydar oder Seda Başay-Yıldız im Fall des NSU 2.0. Dass rassistisches Polizieren auch in Deutschland ein Problem ist, wurde im Zuge der Black Lives Matter-Bewegung und -Demonstrationen in deutschen Städten 2020 medienwirksam und öffentlich. Die Frankfurter Organisation CopWatch und die bundesweite Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V., die Initiative Oury Jalloh sowie Rom*nja- und Sint*izze-Aktivist*innen beispielsweise machen seit vielen Jahren darauf aufmerksam, dass es hinsichtlich des Rassismus in der Polizei dringenden Handlungsbedarf gibt. Darüber hinaus gibt es in einzelnen Städten in den USA auch Kämpfe um »Abolish the Police« und »Defund the Police«, wobei es u.a. darum geht, das Budget der Polizei zu reduzieren und stattdessen dieses Geld beispielsweise in soziale Projekte, Bildung und Versorgungsleistungen für von Armut betroffene Menschen zu

investieren. In Deutschland gibt es zudem seit vielen Jahren die Forderung nach der Abschaffung des Verfassungsschutzes, die seit der Bekanntwerdung der personellen Verstrickungen und verschleierte Verantwortlichkeiten des Verfassungsschutzes bei der rassistischen Mordserie des NSU und in Folge der Morde in Hanau deutlich geäußert werden. Was ist deine Perspektive auf Polizei und Verfassungsschutz?

IBRAHIM ARSLAN: Ich bin kein Verfechter der Abschaffung der Polizei. Aber es muss mehr Leute geben, die diese Strukturen bei der Polizei verändern. Wir brauchen die Polizei, aber wir brauchen keine Polizei, die rassistisch ist. Wir brauchen keine Polizei, die faschistisch ist. Das brauchen wir nicht in einer Demokratie. Wir brauchen Polizistinnen und Polizisten, die vorurteilslos in Geschehnisse reingehen. Und dazu braucht es ein Grundverständnis, dass es in ihren Reihen Rassismus und Faschismus gibt. Man braucht eine Institution, die über der Polizei steht, um auch den Polizeiapparat zu beobachten. Es darf keine faschistische oder rassistische Institution geben, die eine andere faschistische oder rassistische Institution beobachtet. Das ist total unrealistisch. Es muss unabhängige Beschwerdestellen geben und die müssen effektiv arbeiten können. Mit Blick darauf, dass unser Innenminister eine unabhängige Rassismus-Studie über die Polizei verhindert und zur Täter-Opfer Umkehr im Falle von rassistischer Polizeigewalt beiträgt, ist die Forderung nach unabhängigen Beschwerdestellen unabdingbar. In vielen Bereichen müssen die Betroffenenperspektiven in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Im Falle des Verfassungsschutzes bin ich für die Abschaffung. Der macht überhaupt keinen Sinn in einer Demokratie. Ich meine, wenn eine Institution bewusst Neonazis ausbildet, die effektiv einsetzt und dann nichts davon gewusst haben möchte, dass die Menschen das Leben nehmen, dann brauchen wir uns nichts vormachen. Das ist keine Demokratie. Das ist eine Macht, die der Verfassungsschutz hat, um Menschen zu ermorden. Der Verfassungsschutz legitimiert immer wieder die rassistischen Handlungen eines Staates. Und das geht einfach nicht.

Sicherheit in unsicheren Verhältnissen

ONUR SUZAN NOBREGA: Angesichts rassistischer Polizeipraktiken und der Kritik am strafenden und kontrollierenden Staat und den damit verknüpften Sorgen und Gefahren insbesondere für Menschen, die von Rassismus, Mehrfachdis-

kriminierung und Illegalisierung betroffen sind, zeigen Praktiken des gegenseitigen Schützens, der kollektiven Verantwortungsübernahme, Konfliktklärung und Fürsorge untereinander alternative Wege zu Sicherheit auf. Was bedeutet Sicherheit für Dich persönlich?

IBRAHIM ARSLAN: Sicherheit bedeutet für mich: Ich kann aus der Tür rausgehen, ohne Bedenken durch die Straßen laufen, ohne Bedenken in den Bus einsteigen, ohne Bedenken meinem Kind Geld in die Hand geben und sagen: »Hier, geh mal Brot kaufen bei Penny nebenan«. Das bedeutet für mich Sicherheit. Sicherheit bedeutet für mich aber auch: Wenn ich an verschiedenen Interventionen beteiligt bin, nicht befürchten zu müssen, dass ich angegriffen werden könnte. All das zeigt mir, dass ich nicht in einem Staat lebe, in dem ich tatsächlich Sicherheit fühle, sondern mir Sicherheit erkämpfe. Und genau das geht einfach nicht. Man kann nicht von der Bevölkerung erwarten, dass sie für Sicherheit kämpfen muss. Dafür muss ein Rechtsstaat sorgen. Hier in Deutschland ist es leider so, dass Sicherheit nur Menschen bekommen, die der weißen, deutschen Mehrheitsgesellschaft angehören. Das sage ich, weil wir wissen: Seit den 1980er-Jahren werden immer wieder unsere Menschen in ihrem Alltagsleben ermordet, manchmal sogar am helllichten Tag. Manchmal war sogar die Polizei nebenan. Und das zeigt mir, dass wir in komplett unsicheren Verhältnissen leben.

ONUR SUZAN NOBREGA: Was bedeutet die kämpferische Forderung nach lückenloser Aufklärung in einem Staat, dessen Rechtssystem und Behörden keine umfassende Verantwortung für die rassistischen Morde übernehmen, die in Deutschland geschehen? Ich bin sehr skeptisch, ob dieser Kampf nicht vergeblich ist und den Überlebenden und Angehörigen am Ende der Prozesse nicht weiteres Leiden und Enttäuschungen bringt.

IBRAHIM ARSLAN: In erster Linie ist es wichtig, die Forderungen der Betroffenen anzunehmen und auch anzuwenden. Wenn die Betroffenen »say their names« und lückenlose Aufklärung fordern, würde ich das nicht hinterfragen. Ob das mit meiner Ideologie übereinstimmt, darüber können wir lange diskutieren. Aus meiner Sicht wird es keine lückenlose Aufklärung geben. Alleine die Tatsache, dass der Staat kein Geheimnis daraus macht, dass Akten gesperrt werden, 120 Jahre lang, reicht schon, um das zu wissen. Dass Akten geschreddert werden, dass die Polizei in Hanau als letztes vor Ort ist und dass der Notruf 110 nicht erreichbar war, zeigt uns das doch. Deswe-

gen empfinde ich so einen Kampf um lückenlose Aufklärung als immensen Kraftaufwand, der am Ende nichts bringen wird. Für mich gibt es viel wichtigere Kämpfe, die die Betroffenen perspektivisch stärken könnten. Und das ist das, was ich immer wieder einfordere: dass die Perspektive der Betroffenen in den Vordergrund muss. Sie muss im Bildungssystem auftauchen. Wir müssen die Bildungs-Bausteine neu entwickeln, neu definieren. Wir müssen uns klar sein, dass wir Traumata haben, dass wir traumatisiert sind. Wir müssen diese Gesellschaft davon überzeugen, dass die Perspektive der Betroffenen interessanter und sympathischer ist als die der Täter. Wir müssen sie davon überzeugen, dass die Täterperspektive bis heute nur Leid gebracht hat und versuchen, die Opferperspektive zu stärken, aber auch zeigen, dass das Wort Opfer nicht durch Schwäche definiert werden darf, sondern eher durch Stärke. Das sind Punkte, die für mich wichtiger sind als eine lückenlose Aufklärung, die es ohnehin nicht geben wird.

Kämpfe um symbolische und materielle Ressourcen

ONUR SUZAN NOBREGA: In antirassistischen Widerstandskämpfen und Bündnissen geht es immer auch um Kämpfe um symbolische und materielle Ressourcen. Ich würde gerne ausführlicher mit dir darüber sprechen. Du stehst für den Kampf gegen Rassismus aus einer betroffenen- und angehörigenzentrierten Perspektive. Welche symbolischen und materiellen Kämpfe sind aus Deiner Sicht für die Überlebenden und Angehörigen der Opfer rassistischer Gewalttaten und Morde von zentraler Bedeutung?

IBRAHIM ARSLAN: Genau, ja es geht meistens um Ressourcen. Wer bekommt die? Wer hat Ansprüche drauf? Und wer hat das Recht drauf? Ich sag mal so und das ist natürlich verstörend, was ich jetzt sagen werde: Für das, was heute aufgebaut wird, für die Ressourcen, die an die Betroffenen gerade rankommen, dafür mussten Menschen sterben. Muss das erst passieren? Muss das immer wieder passieren? Was von zentraler Bedeutung ist: Dass wir uns hinterfragen, an welchen Interventionen die Betroffenen genau beteiligt sind und welche Rolle sie in staatlichen Strukturen spielen. Ich kann Dir sagen, dass wir Betroffenen, die Überlebenden und Angehörigen, und zwar niemand von uns, an staatlichen, institutionellen Strukturen beteiligt sind. Wenn man genau hinschaut, dann sieht man, dass wir nicht strukturell gefördert werden, sondern es einzelne solidarische Menschen innerhalb institutioneller

Strukturen sind, die uns unterstützen. Das ist das, was Du hier auch gerade tust, da Du weißt und dir sicher bist, dass Betroffene auch Expert*innen sind, die in diesem Buch auftauchen müssen. Das hängt ja auch damit zusammen, dass wir gemeinsam dafür gekämpft haben. Das muss uns allen, insbesondere innerhalb antifaschistischer und antirassistischer Strukturen, klar sein, dass egal was wir tun, wir es in Absprache mit Betroffenen tun. Wenn wir in Deutschland über antirassistische Kämpfe sprechen, dann wissen wir, dass Recht haben und Recht bekommen zwei verschiedene Paar Schuhe sind. Sowohl bei politischen Entscheidungen, wie auch bei der Frage nach der finanziellen Unterstützung und der Entschädigung der Opfer von Rassismus, sind Betroffene in einer schwachen Position. Es geht darum, wenn wir in einer Demokratie leben und wenn wir in einem Rechtsstaat leben, diesen Versäumnissen entgegenzutreten. Das ist die Aufgabe eines Rechtsstaates. Dazu gehören auch Entschädigungen, die unbürokratisch, schnell und natürlich auf eine respektvolle Art und Weise den Betroffenen zukommen müssen. Das gehört zu einem Rechtsstaat. Das ist nicht die Aufgabe eines Betroffenen. Leider mussten aber erst fatale Sachen passieren, damit Menschen wie wir die Möglichkeit erhalten, an Ressourcen zu kommen. Und das ist verstörend. Das ist wirklich verstörend.

ONUR SUZAN NOBREGA: Ja, so ist es, Ibo, und das muss sich ändern. Deswegen würde ich gerne mit Dir auch ausführlicher über den Punkt der Ressourcenverteilung und »Expertise«, den du gerade nanntest, sprechen. Angehörige und Überlebende rassistischer Morde sind Menschen mit Traumata, die für eine Lebenszeit mit diesen emotionalen Wunden kämpfen und vor den Anschlägen bereits oft in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen waren. Viele verfügen aufgrund des strukturellen Rassismus im Bildungssystem über Haupt- und Realschulabschlüsse. Da die Familien meist aus der Arbeiterklasse stammen, Ausbildungen abgeschlossen oder abgebrochen haben, die sie unten auf dem Arbeitsmarkt halten oder nach dem Abbau der Industrie in den vergangenen Jahrzehnten in die Selbstständigkeit gezwungen wurden, sind sie oft auf staatliche Unterstützung wie ALG 2 angewiesen. Sie haben Kioske, Barber Shops, Shisha-Bars eröffnet, so auch viele der Opfer des NSU oder die Menschen in Hanau. Für traumatisierte Überlebende und Angehörige rassistischer Gewalt kommt also in aller Massivität zu dem, was ich beschrieben habe, hinzu, dass sie auf unabsehbare Zeit oder dauerhaft nicht mehr in ihren alten Berufen arbeiten können, Kriminalisierung erleben oder erlebt haben, die zu Stigmatisierungen führten, auch hinsichtlich möglicher

Beschäftigungsverhältnisse, und sie für die jahrelangen emotionalen, ökonomischen, rechtlichen, politischen und symbolischen Kämpfe meist ihre Ressourcen aufbrauchen oder aufgebraucht haben.

IBRAHIM ARSLAN: Ja, das ist so. Ganz wichtig ist zu erwähnen: Wenn sich Menschen aus der migrantischen Community selbstständig gemacht haben, hat das etwas mit Notwendigkeiten zu tun. Es ist nicht so, dass Betroffene, die aus der migrantischen Community kommen, sich selbst im Wohlstand befinden, wenn sie selbstständig sind, sondern dass sie einfach keine anderen Möglichkeiten sehen. Sie bekommen keine Jobs, sie haben keine Ausbildung, sie sind in den Augen der weißen deutschen Mehrheitsgesellschaft nur für Putzjobs geschaffen. Wenn man dann aus der migrantischen Perspektive schaut, wer ist heute Jurist*in geworden, wer ist Richter*in geworden, dann sind das meistens Menschen, die dafür etwas Wesentliches geopfert haben. Wenn man sich dagegen wehrt, sich zu assimilieren, etwas von sich abzugeben und verlangt, so akzeptiert zu werden, wie man ist, dann kann man solche Stellen nicht erlangen. Ich habe jedenfalls selten Menschen gesehen, die solche Stellen erreicht haben. Vielleicht ist das heute möglich, aber in den Achtzigern und Neunzigern ist das unmöglich gewesen. Wenn wir bedenken, dass eine Frau wie Semra Ertan, eine Poetin, eine Dichterin, eine Psychologin, sich das Leben nehmen musste, weil sie in einer Gesellschaft gelebt hat, in der sie ihren Beruf nicht ausüben konnte, dann müssen wir uns fragen, in welcher Gesellschaft diese Menschen gelebt haben und welche Privilegien wir dagegen heute genießen. Trotz allem sind wir immer noch nicht da, wo wir ankommen wollen, weil viele Stellen, die eigentlich von Migrant*innen besetzt werden müssten, von weißen Deutschen besetzt werden und sie so nicht an die Ressourcen herankommen.

ONUR SUZAN NOBREGA: Ja, ich denke, dass in Deutschland eine differenzierte, intersektionale Perspektive auf »Rasse«, Ethnizität, Geschlecht und Klasse dringend notwendig ist. Einige »von uns« werden, was ihre Berufe, ihren Status und ihre Lebensbedingungen angeht, Teil der bürgerlichen Klasse und zu professionellen »Rassismusexpert*innen«, während gleichzeitig die meisten »von uns« in prekären Verhältnissen und Armut leben. Dieses »Wir« stimmt aus meiner Ansicht aber immer weniger, weil dieses »Wir« der vom Rassismus betroffenen Menschen sich sehr ausdifferenziert hat, sodass jede*r Einzelne überlegen muss, was für sie/ihn als solidarische Kritik und Praxis heute notwendig ist. Es kann doch beispielsweise nicht sein, dass das, was zur Qua-

lifizierung und auf dem Karriereweg als »Expert*in« von der Arbeiter- in die Mittelklasse notwendig war und ist, darüber läuft, die Kämpfe derer sichtbar zu machen, denen selbst eine institutionelle Sichtbarkeit und Entscheidungsmacht strukturell verwehrt bleibt. Daher müssen wir über die Verschränkung zwischen Rassismus und sozialer Klassenzugehörigkeit sprechen, die bei Betroffenen von rassistischer Gewalt, die im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt Ausschlüsse erfahren, noch bevor oder auch nachdem sie Opfer rassistischer Morde wurden und genau an dieser Stelle Prozesse der Bewusstwerdung und solidarischer Praktiken aufzeigen. So funktioniert ja zum Beispiel der Zugang zum oft freiberuflichen Arbeitsfeld der antirassistischen politischen Bildungsarbeit, die von bestimmten Trägern angeboten wird, über die entsprechenden Qualifikationen und einen informellen Arbeitsmarkt, in dem man die »richtigen Leute« kennen muss. Oft sind es junge Menschen, die nach einem BA- oder MA- Studium, man könnte sagen mit »Bücherwissen« und Praktika, Demo- und Politgruppenerfahrungen, mit oder ohne eigene Rassismuserfahrungen ausgestattet, politische Bildungs-Teamer*innen werden. Überlebende und Angehörige von rassistischer Gewalt auch beruflich als Expert*innen in diesem Feld anzuerkennen, ist eine strukturelle Herausforderung, weil ihnen oft die entsprechenden Qualifikationen fehlen. Deutschland ist ja bekanntlich das Land der Qualifikationen. Auch so hängen Rassismus und Klassismus direkt zusammen. Überlebende und Angehörige rassistischer Morde in diesen Feldern mit ihrer Expertise auch zu sehen, zu würdigen und sie in entsprechenden Trainings auszubilden, sodass sie damit auch ihren Lebensunterhalt verdienen können, wäre ja zum Beispiel ein sinnvoller Weg, oder? Oder wie muss dieses Problem angegangen werden? Wie können Zugänge ermöglicht werden?

IBRAHIM ARSLAN: Wir müssen natürlich ganz andere Strukturen einfordern. Wir müssen immer wieder Menschen davon überzeugen, dass auch Betroffene, Überlebende und Angehörige rassistischer Gewalt Zertifikate wie zum Beispiel als politische Bildungsteamer*innen erwerben können, um Projekte zu entwickeln, Mittel einwerben zu können und ihren Lebensunterhalt damit zu verdienen, wenn sie es wollen. Daran müssen wir arbeiten. Das müssen wir als Betroffene einfordern. Das ist eine unserer Aufgaben. Es gehört leider zu unserer Realität dazu, dass jeden Tag jemand erneut ermordet werden kann durch Rassismus und Faschismus. Erst wenn diese Gesellschaft in dem Bereich ausgebildet und sensibilisiert wird mit unseren Perspektiven, dann wird sich auch etwas verändern. An dem Punkt wird auch klar, wem die Res-

sourcen eigentlich zustehen. Aber wir brauchen uns nichts vormachen: Heute ist es so, dass wenn man sich assimiliert, so wie du das eben gerade beschrieben hast, und damit der weißen deutschen Mehrheitsgesellschaft zugehörig ist, man einfach mehr Chancen aufzut, an Ressourcen heranzukommen.

ONUR SUZAN NOBREGA: In den Kämpfen um symbolische Ressourcen geht es auch um die Art und Weise des Gedenkens und um Forderungen nach einer neuen Erinnerungskultur in Deutschland. Für mich persönlich ist das Gedenken und dieser Kampf immer mit der eigenen Biografie verbunden, weil ich, wenn ich von Deiner Oma Bahide höre, auch an meine Oma Gülüzar denke, mich mit ihnen beiden identifiziere. Meine Oma väterlicherseits, Gülüzar, musste ihr Dorf in Dersim verlassen, weil der türkische Staat dort 1938 die lokale zazaische, kurdische und alevitische Bevölkerung ermordete und vertrieb, darüber aber über Jahrzehnte geschwiegen wurde, sowohl in meiner Familie als auch in der Gesellschaft in der Türkei und in Deutschland. Dieses Trauma trage ich in mir. Ich denke an die Vernichtungen und Pogrome gegen von Rassismus betroffene ethnische und religiöse Minderheiten sowie deren Kämpfe um Anerkennung, Sichtbarkeit und Solidarität. Auch dieses Trauma ist da. Ihr habt die Möllner Rede im Exil 2013 ins Leben gerufen. Ich war 2019 im Historischen Museum in Frankfurt anwesend und erinnere mich, unter welchen schwierigen Bedingungen und in welcher Angst, auch durch die Morddrohungen des NSU 2.0 an die Gastrednerin Idil Baydar, die so starke, zutiefst bewegende und würdevolle Gedenkveranstaltung für Eure verstorbenen Familienmitglieder stattfand. Gedenken ist auch eine sehr persönliche Identifikation mit dem Schmerz und der Trauer des Verlusts von Familienmitgliedern, eigener und der anderer, aber wie bei der Möllner Rede im Exil auch eine Kraftquelle, um weiterzuleben, weiterzukämpfen, erhobenen Hauptes.

IBRAHIM ARSLAN: Ja es ist ja auch so, dass antifaschistische Kämpfe für uns nicht unbedingt aus einer politischen Notwendigkeit entstehen, sondern aus einer Lebensnotwendigkeit. Sobald wir aus der Tür rausgehen, sind wir dem Faschismus ausgesetzt. Ganz klar ausgedrückt: Weil ich meine Hautfarbe und mein Aussehen nicht abgeben kann, bin ich verpflichtet, diesen Kampf zu führen. Ganz einfach. Und damit bewege ich mich automatisch auf einer politischen Ebene. Und für mich ist es an diesem Punkt wichtig, welche Menschen ich um mich herum habe. Wenn wir über das Thema Solidarität sprechen, dann geht es ja darum, von welchen Menschen ich Solidarität erwarte

und was ich noch dafür tun muss, damit sich noch mehr Leute solidarisieren. Dieses Gefühl begleitet mich schon mein ganzes Leben lang. Wahrscheinlich hast du auch das Gefühl, weil du gerade erwähnt hast, dass du dich als Deine Oma siehst, dass wir zum Überleben verurteilt wurden. Wir haben uns das doch nicht ausgesucht, sondern man hat uns dazu verurteilt, dieses Leben so zu führen. Wäre unser Haus 1992 nicht angezündet worden, lebte ich trotzdem in einer Gesellschaft, in der ich potenziell Opfer von Rassismus werde, das tue ich ja heute immer noch. Und es ist nicht auszuschließen, nur weil ich einmal so etwas erlebt habe, dass die mir das nicht noch mal antun. Aus diesem Grund finde ich es extrem wichtig, das als ein Erbe zu sehen und weiterzugeben – so wie Du das deinem Sohn wahrscheinlich weitergeben wirst. Auch wenn wir das nicht tun sollten, würden unsere Kinder irgendwann ja doch damit konfrontiert werden. Leider. Ich bin mir einhundertprozentig sicher, dass das weiter gehen wird. Für mich ist es sehr wichtig, wenn wir über Politisierung sprechen, dass wir diesen Kampf als selbstverständlich betrachten, an unsere Kinder weitertragen und laut sagen: »Du hast die Möglichkeit, dagegen anzukämpfen. Wenn auch du nicht möchtest, dass die Leute dich fragen: Woher kommst du? Woher kommen deine Eltern? – dann hast du die Möglichkeit, dagegen anzukämpfen.« Vielleicht werden wir es ja bis dahin schaffen, vielleicht wird es irgendeine Möglichkeit geben, dass unsere Kinder nicht mit diesen Fragen konfrontiert werden. Aber es ist leider so, dass das wahrscheinlich auch weiterhin passieren wird. Und deswegen sollte man es nicht nur als politischen Akt ansehen, sondern als eine Lebenseinstellung, diesen Kampf fortzuführen. Das habe ich verinnerlicht. Ganz einfach.

ONUR SUZAN NOBREGA: Ja, so ist es, Ibo.

IBRAHIM ARSLAN: Uns muss bewusst sein, dass unsere symbolischen Kämpfe, auch um das Gedenken, erfolgreich sind. Mit der Möllner Rede im Exil organisieren wir unser eigenes Gedenken im Gegensatz zu einer staatlichen Gedenk-Organisation. Auch die Hanauer Initiative organisiert ihr Gedenken selbst. Es klappt, wenn man die Betroffenen mit reinnimmt, weil sie Authentizität reinbringen in diese ganzen Geschehnisse und Kämpfe. Ich wünsche mir, dass bundesweit mehr Kommunikation unter Betroffenen stattfindet. Da kommen wir wieder zu der Frage: Was bedarf es dazu? Was fehlt uns und was müssen wir einfordern? Gemeinsam mit der gesamten Gesellschaft müssen wir Bereiche einfordern, in denen Betroffene sich geschützt fühlen und von dort aus auch agieren können. Ich kämpfe dafür, ein Komitee aufzubauen.

en, das Betroffenen Rat gibt und Betroffenen-Vernetzungstreffen ermöglicht, um einen Raum zu schaffen, in dem Betroffene untereinander besprechen können, wie wir mit einem Geschehnis umgehen, wie wir mit Gedenken umgehen, wie wir mit Trauer umgehen. Ein solches Komitee, ein solcher Raum fehlt, deshalb müssen wir solche Räume immer wieder einfordern. Dieses Jahr hat die Bundesregierung einige Ressourcen freigestellt für Betroffenen-Projekte. Ich fordere das schon seit fünf Jahren und arbeite an einem Projekt mit solidarischen Menschen, die ich kenne und sehr schätze. In diesem Projekt sind die Betroffenen von rechter, rassistischer Gewalt natürlich die Haupt-Projektleiter.

Gegenwart und Zukunftsvisionen: solidarische Verantwortungsübernahme und antirassistische Bündnispolitiken

ONUR SUZAN NOBREGA: Ich würde gerne abschließend mit Dir über antirassistische und antifaschistische Bündnisse und Solidarität sprechen. Meine Beobachtung und Behauptung ist, dass wir über die vergangenen zwei Dekaden und ganz besonders über die letzten zehn Jahre zwischen von Rassismus unterschiedlich betroffenen Menschen, antirassistischen Vereinen und Community-Organisationen eine zunehmende Bündnispolitik und Solidarität praktizieren und erfahren. Zwar haben feministische Bündnisse unter migrantisierten und geflüchteten Frauen, Frauen of Colour, Schwarzen Frauen, jüdischen Frauen, Romnja und Sintizze bereits vor 30 Jahren oft von der weiteren Gesellschaft nicht gesehene oder anerkannte, aber ganz wichtige gemeinsame Politik gemacht. Gleichzeitig lässt sich aber erkennen, dass erst über die letzten zehn Jahre u.a. mit der Sichtbarwerdung der Initiativen von Betroffenen, die alten Organisationsstrukturen von Migrant*innen entlang nationaler oder ethnischer Zugehörigkeiten und ihrer spezifischen Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen »unter Gleichen« als primär verbindendem, politischem Kriterium an Bedeutung verloren haben und auch weiterreichende transnationale Verbindungen, Kämpfe um intersektionale Gerechtigkeit, antirassistische und antifaschistische Bündnisse unter BPoC und migrantisierten und geflüchteten Menschen neue und zukunftsweisende Organisation, Bündnis- und Solidarpraktiken ermöglichen. So stand uns beispielsweise die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland beim NSU-Tribunal Mannheim 2018, wo wir uns kennenlernten, solidarisch

zur Seite, hat die Raummiete mitgezahlt und eigene Workshops veranstaltet, obwohl keines der NSU-Opfer schwarz ist. 2020, als dann Black Lives Matter auch in Deutschland zu Protesten gegen rassistische Polizeigewalt aufrief, waren auch nichtschwarze Menschen auf den Demos. Am Eingang des Ladens der Initiative 19. Februar steht in großen Buchstaben »#saytheirnames«, wie auch auf den T-Shirts der Initiative. Saytheirnames wurde vor einigen Jahren in den USA von Schwarzen, intersektionalen Feminist*innen ins Leben gerufen. Vielen Menschen ist das allerdings nicht bewusst, sodass die Kämpfe Schwarzer Frauen, Überlebender und Angehöriger wie auch schwarzer Feminist*innen unsichtbar gemacht werden. Gleichzeitig kann man am Interesse der Medien, aber auch einzelner Social-Media-Nutzer*innen und -Aktivist*innen die Absicht ablesen, mit dem Thema Rassismus eine möglichst hohe Reichweite zu erreichen. Wie siehst du diese Entwicklungen solidarischer Verantwortungsübernahme und Bündnisse über Community-Grenzen hinweg im Hinblick auf die Zukunft antirassistischer Selbstorganisation?

IBRAHIM ARSLAN: Das ist ein wichtiges Thema. Ich finde es problematisch, dass diese Themen für einen Medienhype benutzt werden. Black Lives Matter stand nur eine Zeit lang an der obersten Priorität der Medien und wurde danach wieder vergessen. Man sollte definitiv nicht in die Falle rein tapen, dass man einen Profit aus den Geschehnissen zieht. Das ist eine Falle, in die ganz viele Menschen rein tapen, sich Karrieren darauf aufbauen, leider auch solidarische Menschen. Das haben wir Angehörigen auch beim NSU-Tribunal erlebt. Wenn man da hinein tappt, dann sollte man sich nicht wundern, wenn man von Betroffenen kritisiert wird. Black Lives Matter heißt übersetzt: Schwarzes Leben Zählt. Schwarzes Leben zählt nicht nur in einem Jahr wie 2020, sondern das Schwarze Leben zählt immer. Genau so zählt auch mein Leben und Dein Leben. Und in diesem Kontext ist es immer wichtig, die Leute darüber zu informieren und auch immer wieder daran zu erinnern, dass es verschiedene Kämpfe gibt und dass es verschiedene Kämpfe gab. Bei den Leuten aus Hanau, da bin ich mir auch nicht ganz sicher, ob die wissen, was dieser Titel bedeutet und wer diesen Text überhaupt ins Leben gerufen hat. Man muss sie schulen, man muss sie immer wieder erinnern, dass die Kämpfe, die sie jetzt führen, zurückzuführen sind auf die Kämpfe, die schon geführt wurden. Und das sagen sie auch. Daraus machen sie ja kein Geheimnis. Aber bis das die Leute verstehen, vergeht extrem viel Zeit.

ONUR SUZAN NOBREGA: Wie viel Zeit denn noch, Ibo? Man braucht so viel Verständnis, Liebe und Geduld. Und gleichzeitig muss man kämpfen.

IBRAHIM ARSLAN: Naja, es kann ein ganzes Leben dauern. Es kann aber auch ein Jahr dauern. Verstehst Du, was ich meine? Es kommt aber darauf an, wie man das übermitteln möchte. Wenn wir das so machen, wie du das erwähnt hast, mit ganz viel Liebe und ganz viel Geduld, dann können wir vielleicht darauf hoffen, dass die Menschen es irgendwann lernen. Wenn wir das effektiv machen und immer wieder einfordern und immer wieder die Leute erinnern: Ihr müsst die Leute, die davor gekämpft haben, auch jetzt wieder mit ins Boot reinholen, so wie ich mich immer wieder in verschiedene Kämpfe hinein zecke, wie so ne Zecke. Überall, wo etwas stattfindet, bin ich vor Ort. Ob es beim NSU-Tribunal oder jetzt in Hanau ist. Ich gehe einfach dahin, um zu zeigen: Leute, ihr habt diesen Kampf nicht alleine angefangen. Wir sind auch dabei. Wir gehören auch dazu. Und übrigens: Rostock gehört auch dazu. Hoyerswerda gehört auch dazu. Und übrigens: NSU gehört auch dazu. Und wenn wir das nicht immer wieder einfordern, dann werden das die Leute entweder gar nicht verstehen oder es wird ganz, ganz viele Jahre dauern, bis sie selbst etwas merken. Aber wir können diese Zeit schneller vorantreiben – oder wie nennt man das? – wir können das vorspulen.

ONUR SUZAN NOBREGA: Vorspulen meinst Du? Ich bin mir da leider nicht so sicher. Ich habe das Vorspulen schon öfter an der ein oder anderen Stelle versucht, leider hat es nicht immer so funktioniert, wie ich es mir gewünscht habe. Aber inşallah, Ibo. Gut wäre es!